

Bremerhaven, 24.01.2020

Antrag - Nr. StVV - AT 6/2020 (§ 36 GStVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.02.2020		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

**Bremerhaven zum "sicheren Hafen" und zur "Stadt der Zuflucht" erklären
Erarbeitung eines freiwilligen Aufnahmeprogrammes der Kommune Bremerhaven
für im Mittelmeer in Seenot geratene Menschen (GRÜNEN PP)**

2019 starben nach UN-Zahlen allein im Zeitraum von Januar bis September 994 Menschen bei Flucht- /Einwanderungsversuchen über das Mittelmeer. Seit Beginn des Jahres 2014 waren es laut vorsichtigen UN-Schätzungen mindestens 15.000 Migrant_innen und Flüchtlinge. Trotz dieser erschreckenden Zahlen werden zivile Seenotretter_innen weiterhin kriminalisiert. Zudem gibt es weder ein EU-weit gemeinsames transparentes und faires Asylsystem noch sichere Fluchtrouten. Und es dauert viel zu lange, ehe Schiffe mit aus akuter Seenot geretteten Menschen in sicheren EU-Häfen anlegen können. Entsprechende EU-staatliche Programme fehlen noch immer gänzlich. Wir entziehen uns jeder Verantwortung und betrachten das Sterben im Mittelmeer aus sicherer Distanz. Verschiedene Ansätze auf landes-, bundes- und EU-politischer Ebene, die zügige menschen- und völkerrechtskonforme Lösungsansätze erhoffen ließen, greifen nach wie vor schlecht.

Im vergangenen Dezember startete die Evangelische Kirche Deutschland eine deutliche Initiative. Mit dem im November gegründeten Bündnis **united4rescue-Gemeinsam Retten!** und der Ankündigung, ein eigenes Seenotrettungsschiff zu kaufen und zu betreiben, zeigten sie und ihre Bündnispartner_innen (etwa 40 Vereine, Kommunen, Kirchen und Initiativen) ihre Solidarität mit den zivilen Retter_innen. Zugleich übernahmen sie ein Stück direkte Verantwortung im Kampf gegen das Elend der globalen Flüchtlingskrise. Dabei droht allerdings, dass auch dieses Schiff wieder wochenlang im Mittelmeer umherfährt, ehe man sich auf einen EU-Hafen zur Registrierung und einen Verteilungsschlüssel geeinigt hat.

Wir GRÜNE PP empfinden diese Praxis als menschenverachtend und sehen uns gerade als Einwohner_innen einer Hafenstadt zur direkten Nothilfe verpflichtet.

Daher möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

- Der Magistrat wird aufgefordert, sowohl seevölkerrechtlich als auch praktisch schnellstmöglich zu prüfen, ob bzw. wie das von der Evangelischen Kirche Deutschland geplante Seenotrettungsschiff Bremerhaven direkt ansteuern kann.

- Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit fachkundigen Institutionen, Initiativen und Bündnissen (z.B. Flüchtlingsrat Bremen, Bremer Rat für Integration, Runder Tisch Migration, Bündnis Seebrücke, Flüchtlingsnetzwerk der Kreuzkirche Bremerhaven) ein freiwilliges kommunales Aufnahmeprogramm für Geflüchtete zusätzlich zur bestehenden Quote zu erarbeiten und dieses als Antrag an das Bundesinnenministerium zu stellen.
- Das Konzept „*Städte der Zuflucht*“ (erarbeitet an der Refugee Law Clinic der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg) und die in ihm enthaltenen Handlungsempfehlungen sollen in das zu erstellende Bremerhavener Aufnahmeprogramm einfließen.
- Der Magistrat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Bremerhaven bei der geplanten überplanmäßigen Flüchtlingsaufnahme vom Bund und/oder der Europäischen Union finanziell unterstützt wird. Auch die Möglichkeiten privater Sponsorenprogramme soll geprüft werden.
- Bremerhaven schließt sich dem Bündnis „Seebrücke“ an und erklärt sich somit als Kommune zum „sicheren Hafen“.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Julia Stephan und
Fraktion DIE GRÜNEN PP

P. Brand
Fraktion Die LINKE